



Gemeinsame Strategie der Stadt Worms und der Verbandsgemeinde Monsheim zur Förderung des Breitbandausbaus ländlich strukturierter Ortsgemeinden und Stadtteile

Die Ortsgemeinden innerhalb der Verbandsgemeinde Monsheim gehörten vor der letzten Gebietsreform zum alten Kreis Worms. Aus dieser Zeit bestehen traditionell viele Verbindungen zwischen den benachbarten Gebietskörperschaften. Nicht zuletzt bedingt durch die kommunale Nachbarschaft pflegen die kreisfreie Stadt Worms und die Verbandsgemeinde Monsheim in vielen Bereichen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit. Dies gilt insbesondere in wichtigen Feldern der öffentlichen Daseinsvorsorge, z.B. in der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung, der Verwahrung von historisch wertvollem Archivgut etc.. Dabei werden Synergien in der Erfüllung infrastruktureller Aufgaben genutzt.

Die Stadt Worms ist in der besonderen Situation, ein großflächiges Stadtgebiet mit insgesamt 13 Stadtteilen in unterschiedlichster Struktur zu verwalten. Besonders weiter vom Stadtzentrum gelegene Stadtteile, entlang des Rheines und in den Wonnegau hinein, sind ausgeprägt ländlich strukturiert.

Auch die Verbandsgemeinde Monsheim verfügt über einwohner- und infrastrukturstarke Ortsgemeinden und ländlich geprägte, z.B. bis ins Zellertal reichende Dörfer.

Diese gemeinsame Besonderheit schlägt sich auch in der Infrastruktur nieder. Während in den letzten Jahren, auch und gerade mit erheblichen Fördermitteln des Landes Rheinland-Pfalz, die klassische Infrastruktur wie Verkehrswege, ÖPNV, Strom- und Wasserversorgung selbst im ländlichen Raum auf ein solides und leistungsfähiges Niveau gehoben werden konnte, gibt es eine erhebliche Unterversorgung bei den neuen infrastrukturellen Herausforderungen, namentlich der Versorgung mit breitbandigen Internetanschlüssen.

Die Lebens- und Wohnqualität der Menschen definiert sich über die Versorgungsstruktur. Neben Verkehrsanbindungen und Versorgungseinrichtungen zählt hierzu mehr und mehr die Teilhabe an der Informationsgesellschaft. Nicht nur für typische klein- und mittelständige Unternehmen der Region, sondern auch im normalen Arbeitsalltag abhängig Beschäftigter hat die Anbindung an das weltweite Netz und Zugang zu Information eine wachsende Bedeutung.

Neben das subjektive Gefühl des „abgehängt“, des „benachteiligt sein“, treten auch handfeste wirtschaftliche Nachteile (keine Internet-Telefonie, keine Flatrates, kein „Tribleplay“) u.a. für Gewerbetriebe, für Vermieter oder für Beschäftigte mit der theoretischen Möglichkeit der Einrichtung eines Heimarbeitsplatzes.

Die politischen Gremien der Stadt Worms und der Verbandsgemeinde Monsheim haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese Benachteiligung tausender Einwohnerinnen und Einwohner auszugleichen. Vergeblich bemühen sich beide seit Jahren, den Ausbau der Breitbandversorgung durch private Anbieter vornehmen zu lassen. Die Wirtschaftlichkeitslücke ist Privaten zu groß.

So ist bereits schon im „Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007-2013“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vorsorglich definiert, dass „die Einrichtung von modernen Kommunikationsstrukturen, insbesondere von DSL Anschlüssen...vorrangig Aufgabe der Wirtschaft“ sei, nicht aber eben ausschließlich.

Die aktuelle Wirtschaftskrise und vor allem deren Ursachen machen deutlich, wie sehr der Staat im Sinne der Daseinsvorsorge Ausgleichs- und Regulierungsfunktionen wahrnehmen muss, wenn der Markt versagt oder für derartige Ungerechtigkeiten sorgt, dass große Bevölkerungsteile Nachteile erleiden oder ihren Lebensstandard gemindert sehen.

Bislang gab es keine effektiven Förderprogramme, die der Privatwirtschaft ausreichend Anreiz oder Bürgschaften zur Herstellung einer wirklich flächigen Breitbandversorgung in Deutschland gegeben hätten. Im internationalen Vergleich ist die Breitbandversorgung in Deutschland unterdurchschnittlich, besonders wegen der o.g. Defizite im ländlichen Raum.

Die Breitbandinitiative des Landes Rheinland-Pfalz und das Konjunkturpaket II der Bundesregierung geben Anlass zur Hoffnung, dass nun wettbewerbsrechtlich zulässig mit ergänzenden öffentlichen Mitteln unterversorgte Gebiete versorgt werden können. Allerdings erfordern die bisherigen Förderquoten z.T. noch erhebliche kommunale Finanzanteile, die bei der desolaten Haushaltslage vieler Kommunen nicht aufzubringen sind, was einer objektiven Unmöglichkeit der Realisierung beinahe gleichzusetzen ist.

Die Stadt Worms und die Verbandsgemeinde Monsheim haben sich daher entschlossen, i.S. bestmöglichen Mitteleinsatzes und sparsamem Umgangs mit Fördermitteln, gemeinsam den Ausbau ihrer unterversorgten Gebiete zu organisieren.

Die objektiv vorhandenen Schnittstellen sollen synergetisch genutzt und gebietsübergreifend gemeinsam verwendet werden.

Die Stadt Worms und die Verbandsgemeinde Monsheim vereinbaren eine interkommunale Zusammenarbeit:

- Beide Kommunen werden ein gemeinsames Interessensbekundungsverfahren auf der Plattform der Breitbandinitiative des Landes Rheinland-Pfalz eröffnen. Hierbei werden die vorhandenen Infrastrukturen und Versorgungsleitungen auf Synergien geprüft.

- dadurch ergeben sich für die privaten Anbieter Möglichkeiten der Kostenreduktion. Durch die Vergrößerung des Auftragsvolumens wird insgesamt die Deckungslücke zur Wirtschaftlichkeit deutlich reduziert.

- Beide Gebietskörperschaften richten hierfür vernetzte Koordinierungsstellen ein. Anbieter können so die gesamten erforderlichen Daten, Genehmigungsverfahren und Verwaltungsangelegenheiten mit einer zentralen Stelle koordinieren, die beiden Gebietskörperschaften gewährleisten den interkommunalen Informationsaustausch.

- die Stadt Worms und die Verbandsgemeinde Monsheim gewähren sich im Erfordernisfall gegenseitig Durchleitungsrechte, Nutzungsrechte und sonstige Genehmigungen markungsübergreifend.

- so ergeben sich beispielweise bei der Versorgung des der Stadt Worms zuzuordnenden Stadtteiles Abenheim und der VG-Gemeinde Mörstadt die Möglichkeiten, auf vorhandene Breitbandleitungen des Wormser Stadtteiles Pfeddersheim aufzubauen und beide genannten Orte über eine Leitung, die entsprechend fortzuführen ist, anzubinden. Dies gilt hiermit als vereinbart.

- Beide Kommunen werden interessierte Anbieter jeweils dazu anhalten, die Bedarfe der jeweils anderen Kommune ebenfalls zu bedienen, wenigstens jedoch zu berücksichtigen.
- Sollten Eigenleistungen seitens der Kommunen erbracht werden können oder gar erforderlich sein, werden diese aufeinander abgestimmt und ggfls im Sinne einer Amtshilfe für den jeweils anderen Partner mit ausgeführt, bzw. geschaffene Strukturen gegenseitig zur Verfügung gestellt.

Bisherige Maßnahmen:

- beide Kommunen haben in Abstimmung bereits die bestehende Infrastruktur und vorhandene DSL-Anschlusszahlen ermittelt (Telekom)
- in einer gemeinsamen Aktion wurde bereits ein Fragebogen zur Bedarfsermittlung der Haushalte entworfen und in Umlauf gebracht.
- Auf politischer Ebene wurden Kooperationsmöglichkeiten erörtert und die kommunale Zusammenarbeit beschlossen.

Worms/Monsheim, den

Michael Kissel
Oberbürgermeister
Der Stadt Worms

Ralph Bothe
Bürgermeister
der Verbandsgemeinde Monsheim